



G20-Gipfel Hamburg 2017 – Diskussion im Rathaus

Hamburger Polizei vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte



© Auswärtiges Amt

Auf Einladung der CDU-Bürgerschaftsfraktion haben Landesvorsitzender Joachim Lenders, Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) und Dr. Nikolas Hill von der Initiative „Haltung, Hamburg“ über das Gipfeltreffen diskutiert. Moderiert wurde die eineinhalbstündige Veranstaltung von CDU-Fraktionschef André Trepoll. Joachim Lenders erläuterte den zahlreichen Gästen im Kaisersaal des Rathauses unter anderem, dass für die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei sowie vieler auswärtiger Einsatzkräfte der G20-Gipfel bereits begonnen hat. Die personal-

intensiven Objektschutzmaßnahmen führen die Polizei weit im Vorfeld des Gipfeltreffens ans Limit und sind für alle Kollegen sehr belastend. Alarmdienste und Zwölf-Stunden-Schichten sind die Regel und keine Ausnahme. „Als Polizeigewerkschafter ist es meine Aufgabe, immer wieder darauf hinzuweisen. Unsere Hamburger Kollegen brauchen eine spürbare Entlastung und diese Unterstützung kann in erster Linie nur durch auswärtige Kräfte erfolgen, schließlich ist der G20 kein Hamburger Gipfel, sondern ein politisches Spitzentreffen in der Verant-

ferenz, stattfinden zu lassen. Dass es dabei zu Einschränkungen und Behinderungen kommen wird, liegt in der Natur der Sache. Jedoch sind die Stadt und die verantwortlichen Ressorts des Senats bemüht, diese Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu gestalten. Sie unterstützt die Initiative „Haltung, Hamburg“ und begrüßt ausdrücklich friedliche Demonstrationen für Demokratie und ein respektvolles Miteinander. Dr. Nikolas Hill, Mitinitiator des Bürgerbündnisses „Haltung, Hamburg“ betonte die demokratischen Leitbilder unserer Gesellschaft. Am 8. Juli hat das Bündnis, zu dem neben Carola Veit auch der ehemalige Erste Bürgermeister Ole von Beust und Hamburgs Erzbischof Stefan Heße gehören, unter dem Motto „Hamburg zeigt Haltung“ zu einer friedlichen Kundgebung für demokratische Werte aufgerufen. Am Rande des G20-Gipfels soll die Demonstration ein deutliches Zeichen setzen, dass sich



weltweit Menschen für Demokratie sowie eine tolerante und vielfältige Gesellschaft engagieren. Landesvorsitzender Joachim Lenders betonte zum Abschluss der Diskussion, dass er sich in erster Linie wünscht, dass alle während des G20-Gipfels eingesetzten Kolleginnen und Kollegen gesund und unverletzt zu ihren Familien zurückkehren. „Erst dann ist dieser Gipfel auch für die Polizei ein Erfolg“, so Joachim Lenders weiter. ■



> Es diskutierten: Landesvorsitzender Joachim Lenders, Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD), CDU-Fraktionschef André Trepoll und Dr. Nikolas Hill von der Initiative „Haltung, Hamburg“ (von links).

Impressum:

Redaktion:

Frank Riebow (v. i. S. d. P.)

Erdkampsweg 26

22335 Hamburg

Tel. (0 40) 48 28 00

Fax (0 40) 25 40 26 10

Mobil (0175) 3 64 42 84

E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:

Holzdamms 18, 20099 Hamburg

Tel. (0 40) 25 40 26-0

Fax (0 40) 25 40 26 10

E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de

Geschäftszeit: Montag bis

Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,

Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr

Fotos: Frank Riebow,

DPoIG Hamburg

ISSN 0723-2230

wortung der Bundesregierung“, so Joachim Lenders weiter.

Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit unterstrich zunächst, dass es selbstverständlich in Hamburg möglich sein muss, den G20-Gipfel, aber auch andere hochrangige Spitzentreffen, wie zuletzt die OSZE-Kon-





DPoIG vor Ort

Personalintensive Einsätze rund um den 1. Mai

Zwölf-Stunden-Dienste – Fußball – Demo – Walpurgisnacht – 1. Mai – Objekt- und Raumschutz

Es gab eine besondere Spannung und Erwartung im Vorfeld der diesjährigen Polizeieinsätze rund um den 1. Mai. Die Polizei musste davon ausgehen, dass es im Vorfeld des in wenigen Wochen stattfindenden G20-Gipfels zu Auseinandersetzungen mit der gewaltbereiten linken Szene und sogenannten gewalt- und erlebnisorientierten Jugendlichen kommt. Das war nicht der Fall, und im Gegensatz zu den Vorjahren war der 1. Mai für Hamburger Verhältnisse „ruhig“. Trotz dieser „Zurückhaltung“ und eines starken Polizeiaufgebots wurden sechs unserer Kollegen verletzt. Fünf davon versahen ihren Dienst weiter. Ein Polizeibeamter wurde in einem Krankenhaus ambulant behandelt. Er versah seinen Dienst danach nicht weiter. Der Einsatzmarathon begann jedoch bereits am 28. April. Da fand unter dem Tenor „St. Pauli-Fans gegen G20“ im Anschluss an die Zweitligabegegnung des FC St. Pauli gegen 1. FC Heidenheim ein Aufzug statt. In der Spitze nahmen rund 2.700 Teilnehmer an dieser Demonstration teil. Während des Aufzugs



© Frank Riebow (6)

wurden vereinzelt Nebeltöpfe, Bengalos und Pyrotechnik gezündet. Zwischenzeitlich kam es ebenfalls zur Vermummung einzelner Aufzugsteilnehmer, die allerdings nach polizeilicher Aufforderung wieder abgelegt wurde. Die Polizei war mit circa 1.000 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

Die Walpurgisnacht am 30. April, in der Vergangenheit immer mal wieder eine Herausforderung für die Polizei und „Trainingslager“ für linke Gewalttäter und Krawallmacher, verlief absolut ruhig. Dazu hat ganz

sicher auch die massive Polizeipräsenz beigetragen. Mit professioneller Gelassenheit wurde dann von unseren Kolleginnen und Kollegen der 1. Mai erwartet. Die ritualisierte „Revolutionäre 1. Mai Demo“ startete am frühen Abend am Bahnhof Sternschanze unter dem Tenor: „Krieg und Krise haben System – G20 entern, Kapitalismus versenken! Heraus zum revolutionären 1. Mai!“ Zu diesem Zeitpunkt nahmen etwa 1.300 Personen an der Demo teil. In der Spitze begleiteten insgesamt etwa 2.500 Personen den Aufzug

bis zum Schlusskundgebungs-ort am Jungfernstieg. Vereinzelt kam es zur Zündung pyrotechnischer Gegenstände und von Rauchkörpern sowie zu Vermummungen. Im Verlauf der Schlusskundgebung warf eine Person im Bereich Jungfernstieg einen pyrotechnischen Gegenstand in Richtung der Polizeibeamten. Diese Person wurde daraufhin vorläufig festgenommen. Ansonsten verlief die Veranstaltung, die gegen 20.30 Uhr beendet war, störungsfrei. In Wilhelmsburg haben etwa zeitgleich 25 bis 30 vermummte Personen in der



> Landesvorsitzender Joachim Lenders im Gespräch mit Timo Zill, dem Pressesprecher der Hamburger Polizei.





Veringstraße die Scheiben eines Geldinstituts sowie zweier weiterer Geschäfte eingeschlagen. Am späteren Abend befanden sich etwa 200 bis 300 Personen im Umfeld der „Roten Flora“. Im weiteren Verlauf wurden hier Glasflaschen und pyrotechnische Gegenstände in Richtung unserer Kollegen geworfen. Das Schulterblatt und angrenzende Straßen wurden schließlich gesperrt. Später räumten Einsatzkräfte das Schulterblatt in Richtung Altonaer Straße. Dies führte zu einer sofortigen Beruhigung der Lage und einer starken Abwanderung. Die Polizei Hamburg setzte etwa 2.100 Beamte ein. Davon kamen etwa 700 Einsatzkräfte zur Unterstützung aus Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz sowie von der Bundespolizei. Die diesjäh-



rigen Einsätze standen unter dem Vorzeichen des G20-Gipfels. Was unsere Kolleginnen und Kollegen in den letzten Wochen und Monaten geleis-

tet haben, geht weit über das Normalmaß hinaus. Die kräfteintensiven Objekt- und Raumschutzmaßnahmen liefen natürlich auch über die Ein-

sätze um den 1. Mai herum weiter. Dazu die belastenden Zwölf-Stunden-Dienste für unsere Kollegen an den Polizeikommissariaten – Entlastung nicht in Sicht. Die **DPoIG Hamburg** war an allen Einsatztagen mit zwei Teams im Betreuungseinsatz, um die eingesetzten Kräfte in bewährter Form zu versorgen und als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen – und zu besprechen gab es vieles.

Der Landesvorstand





Schusswechsel, Verletzte, Festnahmen

Terrorübung der Polizei Hamburg

Kolleginnen und Kollegen des täglichen Dienstes aus der Direktion Polizeikommissariate/Verkehr (DPV), der Direktion Einsatz (DE 3), der Wasser-schutzpolizei (WSP) und des Landeskriminalamts (LKA 24/SE) haben vor wenigen Wochen auf dem Gelände der Reichspräsident-Ebert-Kaserne in Hamburg-Iserbrook an einer Terrorübung teilgenommen.

Grote (SPD), Polizeipräsident Ralf Martin Meyer als auch zahlreiche Medienvertreter vor Ort überzeugen können. Ein Schwerpunkt der Übung war unter anderem das Training der taktischen Einsatzfähigkeit von Kollegen des täglichen Dienstes. „In diesen Situationen dürfen wir beziehungsweise können wir nicht auf das Eintreffen der Spezialeinheiten warten.

Wenn an mehreren Orten geschossen wird, müssen auch die Streifenpolizisten eingreifen können“, so Polizeipräsident Ralf Martin Meyer gegenüber den Medien. Die DPoIG begrüßt diese Übungen ausdrücklich, die Gefahr von Terroranschlägen ist unvermindert hoch, daher ist das polizeiliche Training zur Bewältigung derartiger Anschläge unverzichtbar.



Auch wenn wir natürlich alle hoffen, dass dieser Tag in Hamburg niemals kommen möge. ■



„Polizeiliche Bewältigung einer Terrorlage durch Kräfte des täglichen Dienstes im ersten Angriff und Hinzuziehung von Interventionskräften“, lautete vereinfacht das Szenario der mehrstündigen Vollübung. Die wesentlichen Ziele der Einsatzübung waren die Optimierung der Zusammenarbeit und das Training der unterschiedlichen Organisationseinheiten im Rahmen einer Terrorlage. Alle Kolleginnen und Kollegen waren engagiert und konzentriert bei der Sache. Davon haben sich sowohl Innensenator Andy





G20: Vorfeldmaßnahmen bringen Polizei bereits an die Belastungsgrenze

Seit Ende März beziehungsweise Anfang April dieses Jahres leisten die Kolleginnen und Kollegen der Direktion Einsatz (DE), der Direktion Polizeikommissariate und Verkehr (DPV) und der Wasserschutzpolizei Zusatzdienste, die sie bereits über die Belastungsgrenze gebracht haben. Notwendig werden und wurden diese Zusatzdienste für die Objektschutzmaßnahmen diverser Liegenschaften der Hamburger Polizei und der im Vorfeld des G20-Gipfels angemeldeten Demonstrationen. Das alles natürlich zusätzlich und sozusagen „on top“ zu Regeldiensten und täglichen Einsatzlagen. In den regelmäßig wiederkehrenden Anmeldungen von demonstrativen Aktionen und dem angekündigten „Aktionsmonat April“ seitens der linken Szene ist eine Absichtserklärung der Aktionsbündnisse und Anmelder zu erkennen, die Hamburger Polizei bereits Wochen und Monate vor dem



eigentlichen G20-Gipfel an die „Schmerzgrenze“ zu bekommen.

Dass vor dem Hintergrund der Brandanschläge auf die Fahrzeuge der Einsatzzüge an der Außenstelle des Polizeikommissariats 23 in der Grundstraße eine Bewachung gefährdeter Objekte notwendig ist, steht außer Frage. Allerdings kann dies nicht nur die Aufgabe der Hamburger Polizei sein, denn der Gipfel ist ein internationales politisches Spitzentreffen und der Gastgeber heißt Bundesrepublik Deutschland. Der Aufruf der Alarmabteilung

Hamburg ist schon lange nicht mehr der Ausnahmefall, sondern regelmäßig wiederkehrender Alltag. Spätestens an den Wochenenden ist mit AAH-Aufrufen zu rechnen. Dienstplanimmanente Freizeit zur Erholung vom Schichtdienst und garantiert freie Wochenenden können nicht gewährt werden, ihre Erholungsfunktion wird ad absurdum geführt. Wiederholter Druck der **DPoIG Hamburg** bei den politisch Verantwortlichen und der **DPoIG**-Personalräte gegenüber der Polizeiführung führten unter anderem dazu, dass für die Bewachung der Polizeiliegenschaften

private Sicherheitsdienste herangezogen wurden. Für den Objektschutz an Rathaus, Elbphilharmonie und Messegelände wurden auswärtige Unterstützungskräfte angefordert, um die Hamburger Kolleginnen und Kollegen zu entlasten. Ein „Weiter so!“ konnte es nicht geben, denn bis zum eigentlichen G20-Gipfel wären die Kolleginnen und Kollegen den unzumutbaren und gesundheitsgefährdenden Bedingungen ausgesetzt gewesen.

Die Betreuungsteams der **DPoIG Hamburg** haben die Einsätze unserer Kolleginnen und Kollegen begleitet und so wird es auch bis zum G20 bleiben, versprochen. **Wir möchten uns ganz herzlich bei allen Kollegen bedanken, die diese gewerkschaftliche Betreuung ehrenamtlich in ihrer Freizeit wahrnehmen!**

Fachbereichsvorstand
Schutzpolizei

Offene Fragen zum Anti-Terror-Paket des Senats

Die Entscheidung über ein 30 Millionen Euro großes Anti-Terror-Paket, mit dem die Behörde für Inneres und Sport die Ausrüstung der Polizei nachhaltig verbessern will, wird wahrscheinlich erst nach dem G20-Gipfel fallen. Die Deputierten des Innenressorts haben die Zustimmung zur Drucksache vertagt. Die Zustimmung ist jedoch notwendig, damit der Senat die Vorlage beschließen und in die Bürgerschaft einbringen kann. Darüber hinaus mangelt es offensichtlich an der Einbeziehung der Regierungsfractionen. Hintergrund der Vertagung sind offene Fragen zum Investitionspaket. Kritik

kam von der Opposition. Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraction, sagte: „Die Verschleppung des Anti-Terror-Pakets durch Rot-Grün ist angesichts der internationalen Terrorbedrohung ein handfester Skandal und in höchstem Maße unverantwortlich.“ Zur Verbesserung der inneren Sicherheit sollen Jetski, gepanzerte Fahrzeuge, Streifenwagen und Drohnentechnik zur Luftraumüberwachung angeschafft werden. Des Weiteren kommen eine bessere Ausstattung der Feuerwehr und ein zusätzliches Lagezentrum in Betracht.





Personalratswahl im Einwohnerzentralamt

DPoIG-Kandidaten gewählt!

Am 26. April dieses Jahres wurden 630 wahlberechtigte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerzentralamts Hamburg aufgerufen, einen neuen Personalrat zu wählen. Dies war aufgrund der gestiegenen Mitarbeiteranzahl notwendig geworden. Die **DPoIG Hamburg** und die **komba Gewerkschaft Hamburg** sind zur Wahl mit einer gemeinsamen Liste angetreten. Das angepeilte Ziel war es, mindestens zwei bis drei Sitze im neu gewählten Personalrat zu erreichen. Insgesamt ging es um elf Sitze, davon zwei für die Freistellung. Dank eines engagierten und basisorientierten Wahlkampfes der **DPoIG Hamburg** gelang es, ein gutes Wahlergebnis zu erreichen. Die Wahl-

beteiligung in der Gruppe der Arbeitnehmer lag bei 53,5 Prozent und bei den Beamten bei 62,9 Prozent. Bei den Arbeitnehmern wurde die gemeinsame Liste von **DPoIG** und **komba** mit 66 Stimmen (26,80 Prozent) gewählt, was auf Antriebe zwei Sitzen entsprach. Bei der Gruppe der Beamten bekam die **DPoIG Hamburg** mit 35 Stimmen (33,70 Prozent) einen Sitz. Für die **DPoIG Hamburg** sind **Andy Metzloff** und **Sebastian Küddelsmann** direkt in den neuen Personalrat gewählt worden. Beide vertreten die Gruppe der Arbeitnehmer. Der Beamtensitz ging an einen Kollegen der **komba Gewerkschaft**. In der konstituierenden Personalratssitzung wurde **Andy Metzloff** in den

Personalratsvorstand sowie in die Freistellung gewählt. Ein besonderer Dank geht auf diesem Wege an die **komba Hamburg** für die sehr gute Zusammenarbeit. Ein Dankeschön geht an **Waldemar Sichon** und **Ines Kirchof** für ihre Unterstützung während des gesamten Wahlzeitraums. Die **DPoIG Hamburg** gratuliert **Andy Metzloff** und seinem Team für das gute Ergebnis. In Zukunft wird der Fachbereich Verwaltung die neu dazugekommene Betriebsgruppe **EZA**, ihre gewählten Personalratsvertreter und die **DPoIG**-Mitglieder engagiert unterstützen. **Andy** und **Sebastian**, wir freuen uns auf eure Mitarbeit!



> Andy Metzloff



> Sebastian Küddelsmann

© DPoIG Hamburg (2)

Fachbereich Verwaltung informiert ...

Alternierende Telearbeit: Das Pilotprojekt war erfolgreich und soll mit mehr Plätzen fortgeführt werden. Die Dienststelle und der Personalrat verhandeln dazu die letzten Details einer Dienstvereinbarung. Die **DPoIG Hamburg** berät und verweist auf die 94er-Vereinbarung. Nach G20 soll es nun losgehen. Berichtet wird dazu in der Fachbereichssitzung am 7. Juni.

Fortbildung ZAF: Noch immer kein Ergebnis über die Finanzierung von Qualifizierungslehrgängen für AiP und keine Budgetlösung für die kostenpflichtigen Seminare beim Zentrum für Aus- und Fortbildung. VTL hat sich des Problems angenommen und mit dem ZAF in Verbindung ge-

setzt. Die **DPoIG Hamburg** wird nochmals nachhaken. Fortbildung für alle: So wie es auch im Tarifvertrag vorgesehen ist.

Aufgaben AiA/AiP: Die dienstliche Arbeitsgruppe AiP wird unter der Leitung von **Andreas Klahn** bald erneut tagen. Die **DPoIG Hamburg** hat die nötigen Impulse gegeben und Wünsche formuliert. Die Zeichen stehen gut: Neue AiP werden derzeit ausgebildet, der Vollzug benötigt Entlastung, die Aufgabenverlagerung zum LBV hat größtenteils stattgefunden. Es ist Zeit, hier etwas zu verändern!

Personalauswahlen: Derzeit findet eine Personalauswahl nach der anderen statt. Die

Vakanz in der Verwaltung wird langsam abgeschmolzen. Noch findet die Polizei genügend Bewerber. Einige Vollzugsstellen sollen zukünftig wieder mit Kollegen aus der Verwaltung besetzt werden. Allerdings findet dafür derzeit ein „Ausverkauf“ in der Personalabteilung statt. Viele Kollegen wechseln in andere Behörden, weil es dort teilweise mehr Gehalt bei gleichbleibender Verantwortung gibt. Die **DPoIG Hamburg** fordert hier ein Umdenken in den Bewertungen.

Landesbetrieb Verkehr: Da es viele Berührungspunkte zwischen den AiP/AiA, dem Parkraummanagement und der Verkehrsüberwachung gibt, sind wir gebeten worden, uns

als **DPoIG Hamburg** zukünftig auch im LBV zu engagieren. Das wollen wir tun und treten dort wieder zur Personalratswahl an. Auch für die anderen Bereiche innerhalb des LBV steht der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG Hamburg** als Ansprechpartner zur Verfügung.





Tagesseminar Fachbereich Wasserschutzpolizei

WSPL Karsten Witt zu Gast bei der DPoIG

Anfang Mai hat der Fachbereich Wasserschutzpolizei der **DPoIG Hamburg** ein Tagesseminar in unserer Geschäftsstelle durchgeführt. Fachbereichsvorsitzender Frank Riebow konnte dabei zunächst den Leiter der Wasserschutzpolizei, LPD Karsten Witt, begrüßen. Der Chef der Hamburger Wasserschutzpolizei unterstrich dabei unter anderem, die besondere fachliche Bedeutung der Wasserschutzpolizei innerhalb der Polizei Hamburg. Dieses Alleinstellungsmerkmal ist keine Selbstverständlichkeit, hier gilt es, den professionellen Anspruch sowie das Selbstverständnis der WSP auch zukünftig durch eine intensive Fortbildung zu festigen. Nur so kann man nachhaltig mit der Berufsschiffahrt auf Augenhöhe sein. Des Weiteren zeigte sich LPD Karsten Witt beeindruckt von der Aufgabenvielfalt und der professionellen Versiertheit der Kolleginnen und Kollegen „seiner“ Wasserschutzpolizei. Karsten Witt ist seit Februar 2016 Leiter unserer Wasserschutzpolizei und zog gegenüber den Seminarteilnehmern ein durchweg positives Resümee der vergangenen 15 Monate.

Zum Projekt Zukunftsfähiges Beförderungs- und Stellensystem für die Polizei Hamburg



> Die Seminarteilnehmer mit WSPL Karsten Witt.

(ProBeSt) referierte Björn Schüning. Aktuell ist die mit dem Personalrat abgeschlossene „Dienstvereinbarung über die Erstellung von Aufgabenbeschreibungen und Anforderungsprofilen zur Vorbereitung einer Dienstpostenbewertung für den Polizeivollzug“ Arbeitsgrundlage von ProBeSt. Im Polizeivollzug sind heute diverse Funktionen über zwei Laufbahnabschnitte (LA) gebündelt. Damit diese unter Beachtung des Stellen- und Haushaltsplans auch weiterhin

von Kolleginnen und Kollegen des LA I sowie des LA II wahrgenommen werden können, ist es zwingend notwendig, jeweils zwei voneinander abgegrenzte Funktionen zu beschreiben und zu bewerten. Nur auf dieser Basis können Überleitungen in den gehobenen Dienst zukünftig rechtssicher durchgeführt werden. In der Polizei Hamburg gibt es zurzeit rund 900 unterschiedliche Funktionen im Polizeivollzug, für die weder Aufgabenbeschreibungen noch

Anforderungsprofile vorliegen und die im Rahmen einer Dienstpostenbewertung nachvollziehbar und einheitlich zu bewerten sind. Die Wasserschutzpolizei ist hier schon relativ weit und hat bereits zahlreiche Aufgabenbeschreibungen in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Dienststellen ausgearbeitet. Wenn alle Verwendungsprofile und Aufgabenbeschreibungen aller Organisationseinheiten der Polizei „stehen“, können die beschriebenen Tätigkeiten von einer Kommission bewertet werden. Konkret: Welche Besoldungsgruppe „passt“ zu welcher Aufgabe beziehungsweise Tätigkeit. Im kommenden Jahr soll es für das Projekt dann auf die Zielgerade gehen. Am Nachmittag haben die Seminarteilnehmer das Marine Training Center (MTC) besucht und sich als Brückenbesatzung im Schiffsführungssimulator versucht. Bei Wind und Wetter auf der Brücke stehen und ohne nass zu werden, ein Schiff in einem schwierigen Seegebiet in Echtzeit sicher navigieren. Da passiert es dann schon mal, dass ein Feeder-Schiff plötzlich auf einem Leitdamm sitzt. Im MTC wird dann der Resetknopf gedrückt, im richtigen Leben kommt die Wasserschutzpolizei. Ein herzlicher Dank an das Team des MTC! ■



> Gleich wird die Köhlbrandbrücke passiert.



> Hier wird für den großen Simulator geübt.



© Paul Hill / Fotolia

Pflichtverstoß Disziplinarmaßnahme nicht zwingend

Nicht jeder Pflichtverstoß eines Beamten ist zwingend disziplinarrechtlich zu würgen. In einem so gelagerten Fall ergab sich für einen Kriminalbeamten kein disziplinarrechtlicher Überhang. Der Beamte stand im Verdacht, gegen seinen unmittelbaren Vorgesetzten despektierliche Schreiben und E-Mails verfasst zu haben. Zudem soll er anlässlich einer dienstlich nicht veranlassten Fahrt aufgrund einer Ordnungswidrigkeit eines Verkehrsteilnehmers diesem gegenüber geäußert haben: „Sie sind krank.“ Des Weiteren ordnete er eine Durchsuchungsmaßnahme gegen einen des Diebstahls Verdächtigen an und ließ diese durchführen. Diese Maßnahme war jedoch aufgrund einer lückenlosen Observation des Verdächtigen unnötig. Der Dienstherr verhängte die Kürzung der Dienstbezüge um drei Prozent für die Dauer von 18 Monaten. Hiergegen wandte sich der betroffene Polizeibeamte mit Erfolg. Das Verwaltungsgericht Trier hob die Disziplinarverfügung mit Urteil vom 26. Juli 2016 (Az.: 3 K 695/16 DA) auf. Zur Begründung sagte das Gericht: „Die despektierlichen Äußerungen gegenüber dem Vorgesetzten konnten nicht eindeutig dem betroffenen Beamten zugerechnet werden, ebenso wenig die beleidigende Äuße-

rung an einen anderen Verkehrsteilnehmer. Strafrechtlich wurde dieses Verhalten als nicht nachweisbar strafwürdig eingestuft. Das Verwaltungsgericht Trier würde – selbst wenn die Äußerung so gefallen wäre wie behauptet – hierin ein Spontanverhalten des Beamten sehen. Es handele sich um eine einmalige Entgleisung, die sowohl objektiv als auch subjektiv die Schwelle zu einem ahndungswürdigen Dienstvergehen nicht überschreite. Auch die unverhältnismäßige Durchsuchung bei einem Verdächtigen stelle ebenfalls keine ahndungswürdige Pflichtverletzung dar. Ein Beamter schulde lediglich eine durchschnittliche Leistung, und auch der fähigste Beamte unterliege Schwankungen seiner Arbeitskraft. Ein einmaliges fahrlässiges Fehlverhalten könne nach Abwägung der Umstände des Einzelfalls nur im Ausnahmefall ein Dienstvergehen darstellen, nämlich wenn im Kernbereich der dem Beamten obliegenden Pflichten eine Tätigkeit in Rede steht, die wegen ihrer herausgehobenen Bedeutung erkennbar besonderer Sorgfalt bedarf (folgend OVG Rheinland-Pfalz, Urteil, 10. Mai 1999, Az.: 3 A 12725/08). Unter Anwendung dieser Maßstäbe lag kein das Disziplinarverfahren rechtfertigendes Verhalten des Beamten vor. ■

> Ruhestand

Folgende Kollegen sind zum 31. Mai 2017 in den Ruhestand gegangen:

| | | | |
|---------------------------------------------------|--------------------------|--|---------|
| Akademie der Polizei | | | |
| EPHK | Krüger, Uwe | | AK 27 |
| Direktion Einsatz | | | |
| PHK | Renken, Andreas | | DE 12 |
| Direktion Polizeikommissariate und Verkehr | | | |
| PK | Blesin, Mario | | VD 21 |
| POK | Brandt, Michael | | PK 38 |
| PHK | Dettmann, Jürgen | | PK 14 |
| PHK | Kusmin, Andrej | | PK 43 |
| PHK | Mordhorst, Hans-Diedrich | | VD 52 |
| PHK | Wetzel, Thomas | | PK 42 |
| Landeskriminalamt | | | |
| PHK | Sanewski, Jürgen | | LKA 71 |
| Personalabteilung | | | |
| PHK | Sucharski, Jörn | | PERS 11 |
| Wasserschutzpolizei | | | |
| PHK | Fehrs, Drews | | WSPK 1 |
| EPHK | Isermann, Hans-Dieter | | WSPK 2 |

> Verstorben

| | | | |
|-----------|-------------------------|-----------|-----|
| 23.3.2017 | Braun, Hans-Werner | PHM i. R. | 100 |
| 28.3.2017 | Fitzen, Udo | PHM i. R. | 76 |
| 29.3.2017 | Leiß, Hinrich | PHK i. R. | 81 |
| 1.4.2017 | Baier, Günter | PK i. R. | 88 |
| 11.4.2017 | Jürgens, Heinz | PHM i. R. | 85 |
| 12.4.2017 | Boie, Kurt | PHK i. R. | 77 |
| 19.4.2017 | Stamm, Tanja | AiP | 45 |
| 21.4.2017 | Schroeder, Ewald Gustav | PHM i. R. | 93 |
| 24.4.2017 | Krüger, Otto | PM i. R. | 66 |
| 24.4.2017 | Geißler, Rolf | PHM i. R. | 94 |
| 27.4.2017 | Klimaschewski, Hans | PHK i. R. | 87 |
| 27.4.2017 | Bensel, Jan | PHM i. R. | 74 |
| 29.4.2017 | Thieme, Joachim | PHK i. R. | 83 |
| 6.5.2017 | Hagen, Walter | PHM i. R. | 79 |
| 8.5.2017 | Weisschnur, Gerhard | LPD i. R. | 69 |